

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026

5. Sitzung vom 2. November 2022, 19.00 Uhr

Zurich International School, Moosstrasse 15, 8134 Adliswil

Anwesend	Wolfgang Liedtke	Präsident
	Sait Acar	Urs Künzler
	Harry Baldegger	Erwin Lauper
	Angela Broggini	Gabriel Mäder
	Reto Buchmann	Heinz Melliger
	Vera Buchmann	Kannathasan Muthuthamby
	Hanspeter Clesle	Patrick Sager
	Bernie Corrodi	Simon Schanz
	Daniela Eggenberger	Daniel Schneider
	Pascal Engel	Jacqueline Schoch
	Xhelajdin Etemi	Walter Uebersax
	Daniel Frei	Renata Vasella Billeter
	Silvia Helbling	Martin Weber
	Sebastian Huber	Pascal Welti
	Martial Jacoma	Urs Weyermann
	Renato Jacomet	Esen Yilmaz
Abwesend	Christoph Gubser	Florian Kälin
	Ann-Kathrin Biagioli	Christoph Sütterlin
	Thomas Iseli	
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Marion Gass	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Marianne Oswald	Soziales

Felix Keller	Bau und Planung
Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte

Abwesend

-/-

Traktanden

1. **Mitteilungen**
2. **Fragestunde**
3. **Einbürgerungen**
4. **Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier-Zopf) (GGR-Nr. 2022-338)**
Antrag des Stadtrats vom 15. Februar 2022 und geänderter Antrag der Sachkommission vom 3. Oktober 2022 – *gemeinsame Beratung mit Traktandum 5*
5. **Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Quartier-Sonnenberg) (GGR-Nr. 2022-339)**
Antrag des Stadtrats vom 15. Februar 2022 und geänderter Antrag der Sachkommission vom 3. Oktober 2022 - *gemeinsame Beratung mit Traktandum 4*
6. **Massvolle Verdichtung statt Grossüberbauungen und Hochhäuser (GGR-Nr. 2022-243)**
Antrag des Stadtrats vom 8. März 2022 und geänderter Antrag der Sachkommission vom 3. Oktober 2022
7. **Ersatzwahl von einem Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022–2026**

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Wie Sie aus der Einladung zur heutigen Sitzung entnehmen konnten, werden die Traktanden 4 und 5 gemeinsam behandelt. Über jedes Geschäft wird im Anschluss einzeln abgestimmt. (GeschO GGR Art. 45)

Im Vorfeld zur heutigen Sitzung hat uns die IFK informiert, dass wir heute noch eine Ersatzwahl in die GPK vornehmen dürfen. Ich beantrage, die Ersatzwahl am Ende als Traktandum 7 aufzunehmen. Ist jemand mit diesem Vorgehen nicht einverstanden?

Gibt es weitere Bemerkungen zur Traktandenliste?

Das ist nicht der Fall. Damit haben Sie die Traktandenliste genehmigt und wir fahren fort wie vorgesehen.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats fünf Entschuldigungen vor. Kannathasan Muthuthamby trifft etwas später ein. Der Stadtrat ist vollzählig.

Zwei-Faktoren-Authentifizierung

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wurden anfangs dieser Woche per E-Mail durch die Ratsschreiberin über die Zwei-Faktoren-Authentifizierung für das Login ins Webmail informiert. Ich möchte Sie heute nochmals daran erinnern, die dafür nötige App zu installieren, damit Sie ab Montag, 7. November 2022 Ihre Mails sicher lesen können.

Zuweisung von Vorlagen

An die Rechnungsprüfungskommission

- Vorlage GGR-Nr. 2022-37; Finanz- und Aufgabenplan 2022-2026
- Vorlage GGR-Nr. 2022-38; Budget 2023

An die Sachkommission

- Vorlage GGR-Nr. 2022-39; Jugendarbeit; Anschlussvertrag mit Langnau am Albis und Kreditbewilligung

Adliswiler im Kantonsrat

Eine personelle Mitteilung. Wir haben einen weiteren Adliswiler im Kantonsrat. Stadtrat Mario Senn ist neu Mitglied und vertritt die FDP in Zürich. Lieber Mario, im

Namen des Grossen Gemeinderats gratuliere ich Dir ganz herzlich zu Deiner neuen politischen Herausforderung und wünsche Dir viel Freude und Erfolg im Kantonsparlament (*Beifall*).

Verabschiedung

Bei den Wahlen vom 27. März 2022 wurde Christoph Gubser mit 938 Stimmen in das Adliswiler Parlament gewählt. Aus gesundheitlichen Gründen wurde Christoph Gubser gezwungen, seinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat bekannt zu geben. Wir bedauern seinen Rücktritt sehr und danken Christoph für seinen kurzen, aber sehr engagierten Einsatz im Grossen Gemeinderat und auch in der Geschäftsprüfungskommission. Wir wünschen Christoph auf diesem Weg rasche und gute Genesung und werden ihm eine kleine Anerkennung im Namen des Grossen Gemeinderats nach Hause senden (*Beifall*).

Das Nachfolgeverfahren wurde eingeleitet. Ich bitte die IFK und ihren Präsidenten, Patrick Sager, für die Nachfolge von Christoph Gubser in der Geschäftsprüfungskommission besorgt zu sein. Gerade bei einer kleinen Kommission wie der Geschäftsprüfungskommission ist es wichtig, dass Vakanzen möglichst rasch wiederbesetzt werden können.

Spezialkommission Umsetzung des kant. Bürgerrechtsgesetz

Der Rat hat an seiner Sitzung vom 21. September 2022 zur Umsetzung des kant. Bürgerrechtsgesetz eine Spezialkommission beschlossen.

Das Büro hat an seiner Sitzung vom 5. Oktober 2022 gestützt auf Art. 28 Abs. 1 Bst. f folgende Mitglieder gewählt:

Präsident Martial Jacoma (Die Mitte/GLP/EVP), Sait Acar (SP), Daniel Schneider (Grüne), Patrick Sager (FDP), Daniel Frei (FW) und Sebastian Huber (SVP).

Todesfall

Wie das Präsidium erst kürzlich erfahren hat, ist am 2. Juli 2022 Paul Eberhard im Alter von 88 Jahren verstorben. Paul Eberhard gehörte von 1974 bis 1983 dem Grossen Gemeinderat Adliswil an. 1976/1977 war er Ratspräsident. Mit seinem Einsatz hat er die Adliswiler Politik über Jahre aktiv mitgestaltet.

Den Hinterbliebenen spreche ich auf diesem Weg unser herzliches Beileid aus. Zu Ehren des Verstorbenen, aber auch in Gedanken an die Hinterbliebenen, bitte ich Sie, sich für eine Schweigeminute von den Sitzen zu erheben (*Schweigeminute*).

Fraktionserklärung

Sebastian Huber (SVP) zum Thema "Verkehrssicherheit Zentrum"

Zuerst möchte ich im Namen meiner Partei dem Präsidenten und den Parlamentsdiensten für die Organisation des durchaus interessanten, aber auch etwas trockenen Ratsausflug von letztem Freitag danken.

An der Ratssitzung vom 21. September 2022 hatte die SVP eine Fraktionserklärung zum Thema Pilotversuch Albisstrasse in Adliswil gehalten. Darauf wurde diese Fraktionserklärung vom Stadtratsmitglied Mario Senn kommentiert.

Bevor ich auf den Inhalt zu sprechen komme, muss ich jedoch offenbar das Präsidium über unsere Geschäftsordnung hier im Grossen Gemeinderat Adliswil aufklären. Nach Prüfung und zusätzlicher Abklärung mit den Parlamentsdiensten ist in der Geschäftsordnung unter Kapitel 4, Erklärungen Art. 56 Fraktionserklärung Absatz 4 folgendes festgeschrieben: Zitat: "Eine Diskussion dazu (gemeint ist hier die Fraktionserklärung) findet nicht statt" Zitat Ende. Herr Präsident, gemäss Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 21. September 2022 ist als Titel zu lesen: ich zitiere: "Stadtrat Mario Senn zur Fraktionserklärung der SVP" Zitat Ende.

Hier liegt offensichtlich eine Verletzung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats Adliswil vor. Nach Artikel 57, Absatz 1 können Ratsmitglieder jederzeit eine persönliche Erklärung abgeben. Eine Diskussion zu einer Fraktionserklärung ist gemäss Artikel 56, Absatz 4 jedoch untersagt. Ich bitte hiermit den Präsidenten, die geltende Geschäftsordnung vom 1. Mai 2018 zu berücksichtigen und das Protokoll der letzten Sitzung entsprechend anzupassen.

So und nun, meine Damen und Herren, genug der Formalität, nun zum Inhalt. Auf unsere Kritik hin, der Stadtrat habe diesem Pilotversuch und den entsprechenden Plänen zugestimmt, wurde danach vom zuständigen Stadtrat an der letzten Sitzung Folgendes geäussert: ich zitiere aus dem Protokoll Stadtrat Mario Senn: "Für mich ist das eine nicht belegte Behauptung, wir haben keine Baupläne abgenommen und ich würde alle, welche diese Behauptung in den Raum gestellt haben, bitten, das bei Gelegenheit zurückzunehmen, weil sie schlicht und einfach nicht stimmt" Zitat Ende.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Stadtrat Senn, nur wenige Tage später, war in der Ausgabe mit dem Titel: "Ganz Adliswil fragt sich, was dieser Fussgängerstreifen soll", in der Zürichsee Zeitung vom 26. September folgendes zu lesen: Ich zitiere: "Wie das Tiefbauamt auf Anfrage mitteilt, ist die aktuelle Verkehrsführung vorgängig zwischen Stadt und Kanton abgesprochen worden. Man habe sich auf eine zweijährige Versuchsphase geeinigt".

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was stimmt jetzt? Wollen Sie nach wie vor behaupten, dass die Stadt Adliswil bei dieser Planung nicht involviert war und mir und meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat Falschaussagen unterstellen? Oder ist es so, dass der Mediensprecher Markus Pfanner des Tiefbauamtes Zürich in den Augen des Stadtrats nicht glaubwürdig ist? Ich habe eher das Gefühl, dass die zuständigen Stadträte ihre Dossiers nicht vollends kennen und die Kommunikation mit dem Kanton massiv zu verbessern wäre. Dem Parlament von Adliswil zu unterstellen, wir würden hier Behauptungen aufstellen, ist nicht zu akzeptieren.

Es ist absolut keine Schande, wenn man Fehler bei der Planung eingestehen muss, das ist absolut legitim. Und wie der Stadtpräsident an der letzten Sitzung ja ausgeführt hat, wurden einige davon, zum Beispiel die Parkplätze vor dem Café Disler, bereits auf Monieren der Stadt korrigiert. Offenbar hat die Stadt Adliswil da doch noch Einfluss. Aber so zu tun, als wüsste man von nichts und die Verantwortung dem Kanton zuschieben, ist definitiv zu kurzsichtig.

Patrick Sager (FDP) zum Thema "Rücktritt von Christoph Gubser (FDP)"

Nach vier Sitzungen des Gemeinderats Adliswil müssen wir heute Chris Gubser bereits wieder aus unserer Fraktion und aus dem Gemeinderat verabschieden. Ihm ist es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich, sein Amt wahrzunehmen.

Chris ist mit unglaublichem Tatendrang in sein Amt gestartet, hat er doch bereits nach knapp zwei Wochen im Amt bereits seinen ersten Vorstoss zur Rückforderung der Versorgertaxen eingereicht. Wir wissen, dass er bereits weitere interessante Vorstösse in der Vorbereitung hatte, welche nun leider nicht mehr von ihm eingereicht werden können. Wir danken Chris für seinen Einsatz für die FDP Adliswil und wünschen ihm alles Gute.

2. Fragestunde

Gabriel Mäder (GLP) zum Thema "Vorbereitungen Erkältungswelle Herbst – Schule Adliswil"

Alle Jahre wird wieder es Herbst und mit ihm zieht die Grippe und Erkältungswelle auf und auch dieses Jahr ist davon auszugehen, dass in den kommenden Monaten die Corona-Erkrankungen wieder anziehen werden. Die Busbetriebe in Zürich sind bereits davon betroffen und sahen sich genötigt, einzelne Linien zu reduzieren. Das kantonale Volksschulamt hat deshalb bereits im Leitungszirkular vom 7. Juli die Schulen daraufhin gewiesen, die Sommermonate zu nutzen, um sich für den Herbst zu rüsten und vor wenigen Tagen, am 20.10, folgte ein weiteres Zirkularschreiben mit dem Titel "Corona – vereinfachtes Testmodell, Präventionsmassnahmen". Darin wird erwähnt, dass es sich lohnt, angesichts der angespannten Personalsituation in den Schulen, mögliche Ansteckungen zu reduzieren und empfiehlt, Krankheitsfälle durch Hygienemassnahmen zu reduzieren. Übrigens würde auch ich, als Elternteil eines Schülers, es begrüessen, wenn die Ansteckungen minimiert werden könnten.

Die EVP/GLP/Die Mitte-Fraktion möchte deshalb vom Stadtrat wissen:

- Welche der Massnahmen hat die Schule zur Reduzierung von Ansteckungen geprüft? Das Volksschulamt weist dabei z.B. auf das korrekte Lüften hin und empfiehlt die Anschaffung von CO2 Sensoren, die auch gleich im Unterricht selbst zusammengebaut werden können.
- Werden die Massnahmen auch in der Betreuung zum Einsatz kommen oder wurden dafür eigene Massnahmen entwickelt?
- Was sieht der Notfallplan der Schule Adliswil vor, wenn für den Unterricht zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen?

Antwort von Stadtrat Markus Bürgi

Vielen Dank für Deine Fragen, mit welchen wir uns seitens Ressort Bildung natürlich auch bereits intensiv befasst haben, um so den Schutz unserer Schülerinnen und Schüler sowie den Mitarbeitenden entlang der uns gegebenen Möglichkeiten bestmöglich zu gewährleisten.

- Welche der Massnahmen hat die Schule zur Reduzierung von Ansteckungen geprüft?

Die bestehenden Hygienemassnahmen, welche wir im Rahmen der Pandemie eingeführt haben, sind weiterhin gültig und begleiten gleichermassen die Schulen wie auch die Betreuung im Alltag. Dazu gehören unter anderem die im Leitungszirkular des Volksschulamtes aufgeführten Massnahmen, bewusst abgedeckt zu niesen bzw. zu husten und die Hände regelmässig gründlich zu waschen und zu desinfizieren.

Das regelmässige Stosslüften der Schulzimmer bzw. der ganzen Schulhäuser an sich ist nicht erst seit der Covid-19-Pandemie eine wichtige und etablierte Massnahme, um eine hohe Luft- bzw. Aufenthaltsqualität zu gewährleisten, auch wenn sich dieses Jahr ein gewisser Zielkonflikt mit den aktuellen Energiesparmassnahmen auftut. Weiterführende Massnahmen wie z.B. eine Maskenpflicht können bekanntlich aus rechtlichen Gründen nicht auf kommunaler Ebene angeordnet werden.

In den Schulhäusern Kronenwiese, Sonnenberg und Zopf und Kopfholz 1, in welchen es keine aktive Belüftungsanlage gibt, sind in den Klassenzimmern CO₂-Warngeräte, welche auf das Überschreiten eines vordefinierten CO₂-Anteils in der Luft mittels einer Warnlampe hinweisen, installiert. Die Schulhäuser Dietlimoos, Kopfholz 2 sowie Wilacker sind mit aktiven Belüftungsanlagen ausgestattet, welche mit CO₂-Sensorik ausgestattet sind und die Luftumwälzung entsprechend steuern. Das Schulhaus Werd sowie die einzelnen Quartierkindergärten sind nicht mit fest installierten CO₂-Messgeräten ausgestattet. Wir haben aber letztes Jahr die erwähnten mobilen Messgeräte angeschafft, zwar nicht selber zusammengesetzt, aber sie wurden trotzdem in Betrieb genommen. Man hat die Luftqualität in den nicht ausgestatteten Schulhäusern überall gemessen und sie werden auch diesen Herbst und Winter im Einsatz sein. Die im letzten Jahr durchgeführten Tests haben bestätigt, dass sich die Raumluftqualität mit regelmässigem Lüften gemäss Schutzkonzept im "grünen Bereich" bewegt.

- Werden die Massnahmen auch in der Betreuung zum Einsatz kommen oder wurden dafür eigene Massnahmen entwickelt?

Wie bereits ausgeführt, kommen für die schulergänzende Betreuung bzw. die entsprechenden Räumlichkeiten – welche ja grösstenteils in den Gebäudekomplexen der Schule liegen – die identischen Schutzmassnahmen zur Anwendung.

- Was sieht der Notfallplan der Schule Adliswil vor, wenn für den Unterricht zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen?

Zuerst möchte ich einen grossen Dank ausrichten an die Schul- und Betreuungsleitungen. Was die Ausfälle des Unterrichts der vergangenen zwei Jahre betrifft, haben sie dafür gesorgt, dass der Unterricht und die Betreuung der Schüler und Schülerinnen während der Pandemie trotzdem stattfanden und es zu fast keinen Ausfällen kam. Die im Leitungszirkular angesprochene Klärung, welche Personen bei Ausfällen eine Klasse betreuen können, hat in Adliswil bereits stattgefunden und wurde umgesetzt. Die Schulpflege und die Leitungen des Ressorts Bildung sowie der einzelnen Adliswiler Schulen verfolgen die laufenden Veränderungen der Lage sehr sorgfältig. Ergänzende Schutzmassnahmen – wie zum Beispiel das freiwillige repetitive Testen für Mitarbeitende – werden laufend evaluiert und bei Bedarf umgesetzt. Ich möchte an dieser Stelle auch erwähnen, dass wir für eine effektive Reduktion des Infektionsrisikos an den Schulen natürlich auch auf die aktive Mitwirkung der Eltern angewiesen sind. So sollten die bekannten Vorsichtsmassnahmen auch im privaten Umfeld umgesetzt sowie die Kinder darauf sensibilisiert werden und insbesondere natürlich keine kranken Kinder zur Schule geschickt werden.

Bernie Corrodi (FW) zum Thema "Garderobengebäude mit Gastronomieangebot im Tal"

Im Juni 2021 hat der Stadtrat einen Projektierungskredit von 285'000 Franken für das Projekt "Garderoben mit Gastronomieangebot" gesprochen. Vornehmlich würde

der FC Adliswil das Objekt benutzen, da sie im Tal einen Fussballplatz haben. Im Finanz- und Aufgabenplan sind für das Garderobengebäude 7'630'000 Franken eingestellt worden, verteilt über die Jahre 2023 bis 2025. Ursprünglich rechnete man mal mit 4,9 Millionen Franken.

Dieser Projektierungskredit und das prognostizierte Kostendach hat mich schon immer etwas irritiert, zumal in der Tüfi eine grosszügige Infrastruktur besteht mit mehreren Fussballplätzen, die mit einem stadträtlichen Machtwort auch zielführend genutzt werden könnte. In der Tüfi ist für 2,3 Millionen Franken im 2017 auch der Kunstrasenplatz installiert worden. Aber das ist nicht das Kernthema meiner Frage.

Ich möchte gerne heute vom Stadtrat wissen:

- Wie weit ist das Thema Garderobengebäude im Tal fortgeschritten?
- Soll das Garderobengebäude allen Vereinen/Institutionen rund um das Sportareal Tal dienen, also neben dem FC Adliswil, auch dem Tennisclub Adliswil, dem Big Birdies Disc Club, dem Freibad Adliswil und den Benutzer der Finnenbahn?
- Wann soll das Bauvorhaben - im Hinblick auf die angespannten finanziellen Ressourcen - aufgelegt werden?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Wie weit ist das Thema Garderobengebäude im Tal fortgeschritten?

Die Abgabe des Bauprojekts erfolgt am 7. November 2022. Am 13. Dezember 2022 wird der Projektausschuss über das weitere Vorgehen entscheiden.

- Soll das Garderobengebäude allen Vereinen/Institutionen rund um das Sportareal Tal dienen, also neben dem FC Adliswil, auch dem Tennisclub Adliswil, dem Big Birdies Disc Club, dem Freibad Adliswil und den Benutzer der Finnenbahn?

Das Garderobengebäude inkl. Gastronomie soll zukünftig allen Vereinen/Institutionen und Nutzern der Freizeitanlagen rund um das Sportareal Tal zur Verfügung stehen. Das Restaurant soll sowohl für die Benutzer des Freibads wie auch den Besucherinnen und Besucher des Areals offenstehen. Der Mehrzweckraum kann separat durch alle Vereine genutzt werden. Die Garderoben befinden sich im Untergeschoss, ein Teil dient als Ersatz für die FC Garderoben, welche sich momentan im Gebäude des Hallenbads befinden und stark sanierungsbedürftig sind. Die Garderoben können insgesamt je nach Bedarf flexibel den verschiedenen Vereinen/Institutionen zur Verfügung gestellt werden. Das Gebäude kann also je nach Bedarf in unterschiedlichen Zonen zugänglich gemacht werden.

- Wann soll das Bauvorhaben - im Hinblick auf die angespannten finanziellen Ressourcen - aufgelegt werden?

Die Realisierung dieser Anlage hängt auch vom Ergebnis der Abstimmung Mehrwertabgabe ab, da in bereits vorliegenden städtebaulichen Verträgen eine mögliche Verwendung der Abgabe u.a. für dieses Gebäude vorgesehen ist. Unabhängig vom Ausgang dieser Abstimmung besteht Handlungsbedarf, die bestehenden FC Garderoben im Hallenbad zu ersetzen. Die bestehenden Garderoben erfüllen die Anforderungen der "Richtlinien für die Erstellung von Fussballanlagen SFV" schon lange nicht mehr.

Bei einer planmässigen Entwicklung des Projektes ist es vorgesehen, die Vorlage zum Bau des Garderobengebäudes im Tal im September oder November 2023 an die Urne zu bringen. Im aktuellen Finanzplan ist die Ausführung in den Jahren 2027 und 2028 vorgesehen und würde je nach Entscheid über die Realisierung und Finanzierungsmöglichkeiten auch vorgezogen werden können.

Erwin Lauper (SVP)

Vor den Sommerferien ist von Urs Weyermann die Anfrage gekommen, wie man die öffentlichen WC-Anlagen im Bushof besser bezeichnen könnte oder anschreiben, wo sie überhaupt sind. Danke an Carmen, es wurde etwas gemacht und ich zeige Euch jetzt, wie. (Erwin Lauper hält ein Messstab mit drei Meter in die Höhe.) Auf drei Metern Höhe haben sie ein blaues Täfelchen, 14-mal 14cm, angebracht. Ich weiss, wir haben eine angespannte Finanzlage, aber ich glaube, etwas mehr als 30 Franken hätte man schon investieren können.

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

Genau, man kann sicher niemandem vorwerfen, dass das zu teuer ist. Wir hatten das Thema aufgenommen nach dem Input, aber auch schon vorgängig, weil wir ja keine eigenen WC-Anlagen beim Bushof eingeplant hatten. Das vorhandene WC ist wirklich nur für die Chauffeurinnen und Chauffeure der Busse. Es gibt also keine öffentliche WC-Anlage beim Bushof. Wir haben versprochen, dass wir die Signaletik anpassen. Vielleicht haben einige schon bemerkt, dass sie teilweise nicht gut haftete, weil dort ein Graffitischutz-Untergrund aufgebracht wurde. Es sind immer noch Leute daran, die Haftung zu verbessern. Das läuft unter Mangel, es entstehen also keine Mehrkosten für uns. In diesem Zusammenhang nehme ich sehr gerne mit, dass wir nicht nur die provisorische Richtungsweisung hätten, wo ersichtlich ist, wo man ein WC benutzen kann.

Erwin Lauper (SVP)

Ein anderer Kollege aus dem Rat hat an eine Tafel aus Blech gedacht. Das wäre vielleicht auch eine Möglichkeit.

Sebastian Huber (SVP)

An der letzten Sitzung vom 21. September 2022 hatte sich der Kollege Gabriel Mäder nach den Taxiplätzen beim Bushof Adliswil erkundigt. Auch ich habe mich bereits im Frühjahr 2022 erkundigt, wann diese in Betrieb genommen werden. Damals erhielt ich von Seiten des Stadtrats die Antwort, dass man die Inbetriebnahme auf Sommer 2022 plane.

Nun haben wir November und ich wollte mich deshalb aus aktuellem Anlass nochmals bei Stadtrat über den Fortschritt erkundigen.

- Wann ist mit der Inbetriebnahme zu rechnen?

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Der Stadtrat beantwortet die Frage an der nächsten Sitzung.

3. Einbürgerungsgesuche

Es wurden 20 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

Es gibt einen dreissigminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20.45 Uhr weiter.

4. Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier-Zopf) (GGR-Nr. 2022-338)

Wie eingangs erwähnt, werden die beiden Geschäfte unter Traktandum 4 "Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151" und Traktandum 5 "Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153" gemeinsam behandelt, da diese beiden Geschäfte unmittelbar zusammenhängen. Dieses Vorgehen stützt sich auf Art. 45 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats. Selbstverständlich gibt es zwei Abstimmungen und auch zwei Beschlüsse. Ich bitte deshalb alle Redner, sich bei ihren Voten jeweils zu beiden Geschäften gleichzeitig und nur einmal zu äussern, da wir die Eintretensdebatte nur einmal führen werden.

Anträge des Stadtrats vom 15. Februar 2022 und geänderte Anträge der Sachkommission vom 3. Oktober 2022

Der Stadtrat hat mit SRB 2022-67 und 2022-68 vom 15. Februar 2022 Bericht erstattet und die Sachkommission hat die Anträge des Stadtrats vorberaten. Eine Mehrheit der Sachkommission beantragt mit Beschluss vom 3. Oktober 2022, dass der Stadtrat zur Optimierung des bestehenden ÖV-Angebotes in den Quartieren Zopf (Rellsten/Oberleimbach) und Sonnenberg ein Vorprojekt für die Einführung eines Ruf-Busses auf Probe für die kommenden fünf Jahre ausarbeitet. Weiter wird beantragt, die Motionen abzuschreiben. Eine Minderheit der Sachkommission beantragt, auf die Forderungen der Motionäre nicht einzutreten.

Der Rat hat über die Abschreibung der Motionen zu entscheiden. Gemäss Art 76 GeschO GGR kann der Rat Nichteintreten beschliessen oder dem Antrag der Sachkommission zustimmen bzw. ihn ablehnen.

Eintretensdebatte

Ich bitte die Präsidentin der Sachkommission jetzt zu beiden Geschäften zu sprechen.

Renata Vasella (SP), Präsidentin der Sachkommission

Am 10. März 2021 hat der Gemeinderat die zwei Motionen betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinien 151 (Zopf) und 153 (Sonnenberg) von Bernie Corrodi, Heinz Melliger, Harry Baldegger und Daniel Frei (alle Freie Wähler) als erheblich erklärt. Der Stadtrat ist so beauftragt worden, die Buslinie 151 und 153 zu ergänzen und auszubauen oder alternativ dazu ein Ruf-Bus zu prüfen und am GGR einen entsprechenden Antrag zu unterbreiten. Diesen hat die Sachkommission ausführlich geprüft und Rücksprache genommen mit dem Erstunterzeichner der Motion, mit der Echogruppe des Quartiers Sonnenberg und mit der zuständigen Stadträtin und Fachpersonen.

Wie Sie dem Antrag der Sachkommission entnehmen können, ist der Antrag des Stadtrats bezüglich Einführung eines Ruf-Busses kontrovers diskutiert worden und die Meinung der Sachkommission ist gespalten. Die Sachkommission begrüsst die ausführliche Variantenstudie sehr, die der Stadtrat in Auftrag gegeben hat. Der Stadtrat benutzt die Motionen so, um die Situation des öffentlichen Verkehrs auf dem ganzen Stadtgebiet zu analysieren. Die Studie zeigt auf, was es jetzt und in Zukunft für Möglichkeiten bezüglich ÖV gibt in Adliswil.

Einig mit dem Stadtrat ist die Sachkommission, dass im Moment eine Änderung der Linienführung keinen Sinn macht. Dies aufgrund dessen, dass ohne einen dritten zusätzlichen Bus die Anschlüsse an die SZU nicht mehr gewährleistet werden könnten. Beim Wechsel der SZU auf Viertelstundentakt wird sich die heutige Situation sowieso ändern und zwei Busse werden nicht mehr reichen. Dann können sich neue Möglichkeiten ergeben und eine Veränderung der Linienführung der Busse muss neu überdenkt werden.

Zu diskutieren gab, ob ein Bus in diesen Gebieten überhaupt notwendig ist. Laut der kantonalen Angebotsverordnung im öffentlichen Personenverkehr gelten die Hanggebiete im Sonnenberg und Zopf als erschlossen, nur wird einfach ein Kreis von 400m um die nächstgelegene Haltestelle gezogen, ohne aber die Höhendifferenz zu berücksichtigen. Üblicherweise wird für 100 Höhenmeter ein Leistungskilometer berechnet. So machen die 50m Höhendifferenz zwischen Bahnhof und Schulhaus Hofern schon 500 Meter aus. Dass dies für die Anwohner ein grosses Thema ist, bezeugen die regelmässigen Vorstösse im Rat, wie die Interpellation 2016 und das Postulat Ruf-Bus 2019.

Die Hälfte der Mitglieder der Sachkommission findet die Einführung eines Ruf-Busses als sinnvoll. So kann auf die wiederholten Forderungen der Bevölkerung nach einem Bus in den Hanglagen eingegangen werden und die Benutzung des Ruf-Busses soll zeigen, wie gross das Bedürfnis nach einem Bus in diesem Gebiet wirklich ist. Dies soll eine wichtige Grundlage bilden, wenn, im Hinblick auf den Taktwechsel der SZU, die Bussituation in Adliswil neu überdacht wird. In dieser Hinsicht ist aber zu bedenken, dass ein Ruf-Bus aufgrund der Zusatzkosten zum üblichen ÖV-Tarif wahrscheinlich weniger benutzt werden wird als ein regulärer Bus. Zu diskutieren gab auch die Länge des Versuchs mit fünf Jahren. Wir liessen uns aber von den Fachleuten überzeugen, dass die Erfahrungen zeigen, dass es diese Zeit braucht, um ein neues Angebot zu etablieren, um aussagekräftige Zahlen zu erhalten. Zudem lohnt sich der Initialaufwand bei einer längeren Betriebszeit mehr. So stellt die Sachkommission den Antrag dem Antrag des Stadtrats zu folgen.

Vier Mitglieder der Sachkommission sind der Meinung, dass die Gebiete Sonnenberg und Zopf ausreichend durch den ÖV erschlossen sind. Die Einrichtung und der Betrieb eines Ruf-Busses erzeugen hohe Kosten, die wir uns in der heutigen unsicheren und angespannten Lage nicht leisten können. Sie stellen einen Minderheitsantrag auf Nichteintreten auf die Forderungen der Motionen.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Ich mache die Mitglieder des Stadtrats ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sie gemäss unserer Geschäftsordnung Art. 44, Abs. 4 während der Debatte das Wort ergreifen können, abgesehen davon, dass dies auch noch zum Abschluss der Debatte möglich ist. Der Zweck dieser Bestimmung in unserer Geschäftsordnung ist, die Debatten zu beleben. Darüber hinaus erhält die Exekutive die Möglichkeit, in die

laufende Debatte einzugreifen. Ich appelliere deshalb an die Mitglieder des Stadtrats, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Ich bitte jeden Redner jetzt zu beiden Geschäften zu sprechen. Das Wort ist frei fürs Plenum und für den Stadtrat.

Sebastian Huber (SVP)

Der Wunsch aus der Bevölkerung nach einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz ist durchaus legitim und auch für uns nachvollziehbar. So ist es tatsächlich so, dass vor allem ein Teil des Gebietes Sonnenberg durch die Linie 153 nicht vollumfänglich erschlossen ist. Zur Beurteilung dieses Antrages gilt es allerdings nicht nur die Bedürfnisse zu analysieren. Schaut man sich diese Anträge etwas genauer an, so stellt man fest, dass das Kosten/Nutzen Verhältnis hier überhaupt nicht stimmt. Dem Antrag ist zu entnehmen, dass allein die Testphase mit den sogenannten Ruf-Bussen nach Schätzung jährlich wiederkehrende Kosten von mehr als 300'000 Franken verursacht. Aufgerechnet auf fünf Jahre (so die geplante Länge der Testphase) ergibt das einen Betrag von 1,5 Millionen Franken. Dazu kommen Kosten für den Systemaufbau von 125'000 Franken und Zitat "zusätzliche Kosten von mehreren 100'000 Franken für die Erstellung von Haltepunkten, welche behindertengerecht und auf das Fahrzeug abgestimmt erstellt werden müssen sowie allenfalls verkehrstechnische Anpassungen" Zitat Ende.

So sind wir hier zusammengerechnet bei Kosten von rund 2 Millionen Franken, wobei es zu bemerken gibt, dass der Stadtrat explizit darauf hinweist, dass die genauen Kosten erst nach einer Prüfung exakt beziffert werden können. Des Weiteren ist dem Antrag auch zu entnehmen, dass bei dieser Erweiterung ein neuer Bus angeschafft werden müsste, was weitere Kosten von jährlich 500'000 - 750'000 Franken zur Folge hätte. Diesen Kosten stehen Erträge - bei einem Zuschlag von drei Franken pro Fahrt - von 50'000 bis 110'000 Franken wiederkehrend gegenüber.

Wir sehen, das Projekt deckt bei weitem die verursachenden Kosten nicht und würde ein weiteres Loch in unsere eh schon gebeutelte Stadtkasse reissen. Mobilitätswunsch in Ehren, aber ein solches Projekt ist in der aktuellen Lage blosser Irrsinn und wird den Sparanstrengungen nicht gerecht.

Exakt diese Partei, welche bei den Wahlen noch damit Wahlkampf gemacht hatte, auf das Geld achten zu wollen und Steuererhöhungen zu vermeiden, will nun mit ihrer Forderung das Geld der Stadt Adliswil mit einer vagen Studie und ohne klare Kostenschätzung zum Fenster hinauswerfen. Hören Sie auf, mit dem Giesskannenprinzip das Geld auszuschütten. In Zeiten von Inflation, Krieg und Klimawandel haben wir besseres zu tun, als den Finanzhaushalt von Adliswil mit derartigen Luxuslösungen weiter zu belasten. Wie sagte mal eine geschätzte Nationalrätin aus dem Kanton Graubünden: "You are a dreamer you". In diesem Sinne folgen wir der Minderheit der SAKO und lehnen beide Anträge ab.

Bernie Corrodi (FW)

Ich danke im Namen der Freien Wähler für die Prüfung unserer Motion zugunsten des öffentlichen Verkehrs durch den Stadtrat, dem zuständigen Ressort Werkbetriebe von Carmen Marty Fässler und der Sachkommission. Auch dafür, dass beide Motionen in einem Paket behandelt werden.

Zum Bus 151 im Quartier Zopf:

Mit einem Zirkularbeschluss hat der Stadtrat entschieden, dass die Motion abzuweisen sei, obwohl der Stadtrat sehr interessiert ist, ein gutes und attraktives Angebot für den öffentlichen Verkehr zu haben. Die Begründungen lauteten

- Das Gebiet sei gemäss Angebotsverordnung erschlossen
- Der Stadtrat hat sich 2019 gegen den von der SP vorgeschlagenen Ruf-Bus ausgesprochen
- In Adliswil hat man noch keine Erfahrungen mit einem Ruf-Bus und mit dessen Folgekosten

Im Anschluss daran wurde das Geschäft der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen - und nun stimmen wir heute ab, wie es weitergehen soll. Ich habe die Protokolle der Sachkommission aufmerksam gelesen, auch die Stellungnahmen der Experten. Leider fand die ausgezeichnete Bachelorarbeit "Angebotsplanung Zürich Süd, Adliswil" keinen echten Eingang in diese Diskussionsrunde. Diese Bachelorarbeit hat der Quartierverein Sonnenberg zur Verfügung gestellt und ist unabhängig.

Augenfällig ist das grosse Gewicht, dass man einmal mehr stadtfernen Gremien einräumte, wie dem ZVV, SZU usw. Man beharrt auf den bisherigen schwerfälligen, übergrossen Bussen und beruft sich auch noch auf einen Fahrplan, der obsolet ist, zumindest wird, wenn die SZU im 7,5 Minuten Takt fährt. Auch die Argumente der rechtsbürgerlichen Seite, die einmal mehr nicht bereit ist, anzuerkennen, dass wir im Jahr 2022 leben mit neuen Anforderungen, geben mir zu schaffen. Sie befürworten die Beibehaltung einer stupiden Busverbindung, die auf direktem Weg vom Bahnhof nach Oberleimbach hin und zurückfährt, auf der gleichen Strasse. Unbesehen von der Topografie wird behauptet, dass das Gebiet erschlossen wäre. Es wird die unmögliche 700 Meter-Umkreis-Regel zitiert, welche die Grundlage dazu bietet. Doch dieses Argument zieht nicht, so ist zum Beispiel die Haltestelle Poststrasse nur rund 200 Meter vom Busbahnhof entfernt.

Es wurden Bedenken an den Haaren herbeigezogen, was alles nicht geht, was alles unmöglich ist. Es ist einfacher, darzustellen, was unmöglich ist, als Mögliches. Zum Beispiel müssten Verkehrshindernisse, wie diese in die Strasse hinausragenden, sinnleeren Schikanen, abgebaut werden und Schwellen entfernt werden. Beides sind übrigens alte Anliegen der Freien Wähler; solche Schikanen brauchen wir in Adliswil nicht.

Als Berechnungsbasis in Bezug auf die Kosten und die Fahrpläne wurden immer die bisherigen, schwerfälligen Busse ins Feld geführt. Doch diese vorsintflutlichen Kolosse sind meistens unterdurchschnittlich ausgelastet. Es braucht darum neue Ideen und neue agile Kleinbusse mit 25 bis 33 Plätzen. Diese Fahrzeuge sind rund 8 Meter lang und 2 Meter breit, vergleichbar mit den Dutzenden von Fahrzeugen von diesen Paketlieferdiensten, die in unseren Quartierstrassen unterwegs sind. Die erwähnten agilen Quartierbusse kommen zum Beispiel in Aarau zum Einsatz, in Wil SG, beide mit einer engen Altstadt, in Amriswil, Weinfelden, Luzern, Bern und so weiter, ganz abgesehen von den 300 Postautos dieser Grösse, die tagtäglich auf engsten Strassen unterwegs sind. Sogar die NZZ begrüsst 2018 das Umdenken des ÖV hin zu kleineren, wendigeren Einheiten.

Natürlich sind die Kosten ein Thema, auch wir haben diese des Langen und Breiten diskutiert, bevor wir die Motion einreichten, die Diskussionen waren hart. Wir sind

uns unserer Verantwortung bewusst und wissen ganz genau, wo unsere Stadt finanziell steht - und dass wir sehr sparsam agieren müssen. Das haben wir von Anfang an offen kommuniziert und einen lokalen Transportdienstleister – der auch Gemeinderat ist - um eine Offerte angefragt. Auf seiner Kostenschätzung haben wir dann aufgebaut. Ja, der ÖV kostet, aber es wird nicht billiger, wenn man stur gewohnte Strecken hin und her fährt und nicht versucht, mit kreativen Linienführungen neue Kundschaft zu finden und mit kleineren Fahrzeugen Kosten einzusparen. Ein kleiner Bus generiert weniger Kosten als ein grosser. Zudem leistet sich der ÖV immer noch Doppelspurigkeiten, zum Beispiel auf der Linie 152 und 156, auf der Strecke vom Bahnhof hinauf zur Wacht, wo die beiden hintereinander herfahren.

Zur Buslinie 153 mache ich quasi einen Copy-Paste der bereits gemachten Aussagen. Doch das wäre zu kurz gegriffen, denn der Quartierverein Sonnenberg hat sich hier sehr engagiert und aktiv mitgearbeitet, Ideen und Inputs gebracht, auch in die SAKO, hat sich befragen lassen und ist zur Verfügung gestanden. Dieser Quartierverein repräsentiert etwa 5000 Einwohnerinnen und Einwohner, die dort auf dem Hügel wohnen. 5000 Einwohner sind viel, wenn man bedenkt, dass diese auf Grund der privilegierten Wohnlage und der Eigentumsverhältnisse vor Ort als starke Steuerzahler bekannt sind. Es sind Bewohner, die vital an der Stadt Adliswil interessiert sind, die sich über aktive und attraktive Lebensformen, wie etwa im Stieg, auseinandersetzen.

Deren Wunsch nach einer besseren Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr vor den Hintergrund eines misslungenen Lokalbus-Versuchs zu stellen und mit Sätzen zu verniedlichen, dass sich für die paar wenigen Benutzer eines solchen Angebots sich ein Bus nicht lohnen würde, finde ich beschämend.

Ich habe die Diskussionen mit dem Quartierverein als sehr kreativ und konstruktiv erlebt. So wurde die Idee kreiert, dass man den Wunsch nach einer Busverbindung zum Wildtierpark hin der VBZ-Linie 184 übertragen könnte, im Gegenzug hätte man den Bus 151 samt Kosten frei für einen lokalen Kreisverkehr durch den Sonnenberg. Aber diese gute Idee ist leider nicht Gegenstand der Motion und nicht im Auftrag der Sachkommission enthalten. Auch hier wurden die Busbreite, die Hindernisse, die Schwellen und die Kosten bemüht, um die Motion schlecht zu machen. Auch hier fährt der Bus schnurgerade die Albisstrasse rauf, kehrt im Büchel - und die gleiche Strecke zurück. Auch hier hat es in 200 Meter Gehdistanz zum Busbahnhof eine Bushaltestelle, nämlich nach dem Tabaklädeli stadteinwärts. Die ganze Linie hat eigentlich keine konformen Haltestellen mit Rampen, Dach und Schnickschnack für das Ein- und Aussteigen. Interessant ist, dass es funktioniert.

Als Hoffnungsschimmer lässt der Stadtrat die Möglichkeit offen, dass eine mögliche Verbesserung für die bestehenden Buslinien, z.B. die Möglichkeit eines Ruf-Busses, ergebnisoffen überprüft werden soll und ein Versuch stattfinden soll.

Erinnern wir uns doch, dass der öffentliche Verkehr uns allen dient:

- Den Hausfrauen beim Einkaufen
- Den Schülern auf ihren Schulweg, in das Hallenbad oder in externe Sportanlagen
- Den Senioren, die dem Leitbild der Stadt Adliswil entsprechend, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung wohnen sollen
- Der Luftqualität und dem Klima

- Der ÖV entlastet auch die Strassen und die Parkplätze.

Antrag

Meine Damen und Herren, ich freue mich den Antrag stellen zu dürfen, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen, damit ein Vorprojekt ausgearbeitet wird für einen Versuch, bei dem die Kosten ermittelt werden können, usw.

Es ist keine Katze im Sack, bei der Ihr hier zustimmt: Es braucht ja dann die Genehmigung durch den Grossen Gemeinderat und allenfalls durch die Stimmberechtigten an der Urne. Wir haben also das letzte Wort und heute Abend wünsche ich mir, dass Euer letztes Wort ein Ja wäre.

Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Bevor Du beginnst, Simon, könntest Du kurz erklären, wie sich Eure Fraktion korrekt nennt?

Simon Schanz (Die Mitte)

Unsere Fraktion nennt sich Die Mitte/GLP/EVP.

Die Idee, die Busverbindungen in Adliswil für das Quartier Zopf und Sonnenberg zu optimieren, finden wir gut. Den Nutzen für eine 1,5 Millionenausgabe über fünf Jahre für einen kleinen Teil von Adliswil auszugeben, sehen wir nicht und können wir uns auch nicht leisten. Wobei zu erwähnen ist, dass der vorgeschlagene Ruf-Bus im Quartierverein Sonnenberg nicht mal auf Zustimmung stösst.

Wenn, dann müsste man alle Busverbindungen anschauen und mögliche Optimierungen vornehmen. Es gibt auch noch andere Quartiere in Adliswil, die ohne Bus sind. Die Mitte/GLP/EVP-Fraktion wird sich weiter für sinnvolle ÖV-Vorschläge und Gesamtlösungen einsetzen. Diesen Vorschlag müssen wir aus Kostengründen und weil damit lediglich partikulare Interessen bedient werden, ablehnen und folgen dem Minderheitsantrag der Sachkommission.

Jacqueline Schoch (GP)

Es ist offensichtlich, dass die Quartiere Sonnenberg und Zopf durch die Topografie nicht optimal mit einer Buslinie vernetzt sind. Gerade betagten Bürgern und Bürgerinnen, aber auch Eltern mit Kinderwagen würde ein Bus Entlastung im Alltag bringen. Mit einem Ruf-Bus würde man auch dem Verkehrsaufkommen an dieser Hangseite entgegenwirken. Was dem Zentrum wieder zugute käme.

Unser Problem sind die hohen Kosten von 300'000 Franken pro Jahr. Zudem empfinden wir die fünfjährige Testphase als zu lange. Unsere Vorstellungen wären drei Jahre. Wir denken auch diese Zeitspanne gibt ausführliche Daten betreffend Nachfrage für den Ruf-Bus. Alle Quartiere sollten die gleichen Bedingungen bekommen wie heutzutage die neuen Überbauungen, wo die Vernetzung und Finanzierung des öffentlichen Verkehrs automatisch eingeplant sind. Alle Bürger und Bürgerinnen der Stadt Adliswil sind Steuerzahler. Für die beiden Quartiere ist das Anliegen für eine bessere Vernetzung schon lange ein Bedürfnis.

Wir sind der Meinung, mit einer verkürzten Testphase hätten diese Motionen eine Chance verdient.

Vera Buchmann-Bach (FDP)

Die vermeintliche Minderheit der Sachkommission, der Stichtscheid war ausschlaggebend, lehnt die Motionen ab. Dies aus ganz klaren und einfachen Gründen:

Die Ausgangslage gegenüber den früheren Überprüfungen hat sich verschlechtert. Einen solchen nice-to-have-Antrag mit einer Testphase kann man in der heutigen Situation nicht mit gutem Gewissen unterstützen. Unsere Stadtfinanzen lassen es schlicht nicht zu.

Es wäre wohl schön, wenn jedermann einen Bus vor der Türe hätte, da könnten noch einige Quartiere einen solchen Wunsch anbringen. Jedoch ist das Gebiet gemäss dem ZVV sehr gut erschlossen und daher besteht auch keine Notwendigkeit, einer Erweiterung zuzustimmen. Für ein Pilotprojekt von fünf oder sogar von nur zwei Jahren, was auch diskutiert wurde, einen so horrenden Initialaufwand zu betreiben, können wir uns in Adliswil schlicht weg nicht leisten. Beim Taktwechsel der Sihltalbahn wird unter anderem die Sonnenberg- und Zopfquartier-Thematik sowieso auch geprüft, daher macht es wenig Sinn, wenn wir jetzt ein Pilotprojekt mit dem hohen Initialaufwand starten.

Die FDP-Fraktion ist sich einig, dass es sich hier um ein Projekt des Wunschbedarfs handelt, welches momentan, wie schon mehrmals erwähnt, in Anbetracht der strapazierten Finanzen, nicht thematisiert werden kann und sollte. Und wir appellieren an die anderen Parteien, sich noch einmal genau zu überlegen, für welche Projekte sie Gelder sprechen wollen.

Xhelajdin Etemi (SP)

Die SP Adliswil setzt sich seit 40 Jahren für den öffentlichen Verkehr in Adliswil ein. Die erste Ortsbuslinie 1985 und viele weitere Linien sind auf Initiative der SP entstanden. Sie tragen heute zur Attraktivität unserer Stadt als Wohn- und Arbeitsort bei. Oftmals musste die Stadt in finanzielle Vorleistung gehen, bevor die Linien in das Angebot des ZVV übernommen wurden. Öffentlicher Verkehr ist teuer. Umso wichtiger ist es, neue Konzepte zu erproben. Das Modell Ruf-Bus ist ein innovatives Konzept, das bereits in anderen Gemeinden erfolgreich eingesetzt wird. Mit ihm wird versucht, ÖV-Leistungen möglichst nur bei Bedarf zu leisten. Kleinere Fahrzeuge reduzieren die Transportkosten. Was sind für uns die wichtigsten Argumente, um den Mehrheitsantrag der Sachkommission nach einem Konzept für einen Versuchsbetrieb zu unterstützen?

1. Jeder Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebots ist geeignet, den Ortsverkehr zu reduzieren. Wir wissen es schon lange und haben es in diesem Parlament schon oft gehört, dass der grösste Anteil des innerörtlichen Verkehrs selbstproduziert ist. Das heisst die Adliswiler Bevölkerung belastet die Ortsstrassen mit Individualverkehr. Ein attraktives, flexibles Angebot kann eine Alternative zur Benutzung des eigenen Fahrzeugs sein.
2. Das Quartier Sonnenberg ist in Bezug auf den öffentlichen Verkehr bisher leider vernachlässigt worden. Begründet wurde das mit der Berechnung des ZVV bezüglich Wegstrecken zur nächsten Haltestelle. Dabei wird lediglich die Entfernung per Luftlinie herangezogen, nicht aber beispielsweise Hanglagen. Es wird Zeit, dass die Quartierbewohner im Sonnenberg ebenfalls vom öffentlichen Verkehr profitieren können, den sie über ihre Steuern mitfinanzieren.

Die SP-Fraktion hatte bereits im September 2019, also vor den Freien Wählern, ein Postulat zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebots, unter anderem mit der Forderung nach Ruf-Bussen und nach der Anbindung des Quartiers Sonnenberg an das öffentliche Verkehrsnetz, eingereicht. Wir unterstützen deshalb den Mehrheitsantrag der Sachkommission und befürworten die Erstellung eines Konzepts für einen fünfjährigen Probetrieb von Ruf-Bussen in den Quartieren Rellsten/Zopf/Oberleimbach und Sonnenberg als Basis für einen späteren gemeindeweiten Ausbau eines solchen Angebotes.

Daniel Frei (FW)

Ich möchte als Mitglied der Freien Wähler darauf zurückkommen, dass wir nicht einfach Geld ausgeben wollen. Wenn wir auf die Finanzen schauen wollen, heisst das aber nicht, dass wir per se gegen eine Steuererhöhung oder -senkung sind. Wir sind diese Partei, die in beide Richtungen schaut. Das ist die Idee der Freien Wähler, nicht hintereinander herrennen, auch wenn wir uns manchmal selbst aufheben. Obwohl ich diese Motion mitunterstütze, finde ich auch die Testphase extrem lang und generiert Kosten. Wenn es jetzt nach zwei Jahren wirklich als Flop herausstellt, kann man sie nicht mehr bremsen. Das Gebiet sei gut erschlossen, ja, in der Waagrechten vielleicht schon, aber aufwärts nicht, denn es ist strenger, hinaufzulaufen als geradeaus. Hier im Saal gibt es unterschiedliches Wunschdenken, darum sind wir auch in verschiedenen Parteien. Wünsche können anregen und zu Diskussionen für andere Themen führen. Hier wurden schon manchmal Wünsche entschieden und finanziert, welche ich nicht unterstützt habe, aber ich habe sie schlussendlich akzeptiert.

Stadträtin Carmen Marty Fässler

Ich habe diese Debatte sehr spannend gefunden, mir fleissig Notizen gemacht und möchte gerne auf ein paar Punkte kurz eingehen. Dieses Anliegen, welches mit einer Forderung an den Stadtrat herangetragen wurde, ist schon mehrmals zur Debatte gestanden. Es sind Wünsche von einem Teil der Bevölkerung und Ihr habt auch gesehen, in unseren Erwägungen ist in verschiedenen Punkten aufgeführt, was schon vorher alles passiert ist. Es wurde auch richtig erwähnt von der SAKO-Präsidentin, dass gemäss ZVV und der kantonalen Angebotsverordnung alle diese erwähnten Gebiete als erschlossen gelten. Es ist aber so, dass wir nach den ersten Wünschen, die der Stadtrat aufgenommen hatte, signalisiert haben, dass wir bei einer Überweisung der Motion auch bereit wären, Erfahrungen mit Ruf-Bussen bei anderen Gemeinden einzuholen. Es ist selbstverständlich, dass seitens des Stadtrats Interesse besteht, dass es in Adliswil ein gutes und attraktives Angebot vom ÖV gibt. Wenn der Grosse Gemeinderat von Adliswil jetzt also bereit ist, die finanziellen Folgen einer solchen Verbesserung mitzutragen, dann soll die Verbesserung auch angestossen werden, so sieht es der Stadtrat. Wir haben im Stadtrat bewusst eine möglichst breite und gehaftete Auslegeordnung gemacht bezüglich ÖV, insbesondere natürlich in den erwähnten Gebieten Zopf/Rellsten/Oberleimbach und Sonnenberg. Wir haben eine Grundlagenarbeit gemacht, weil diese sehr wichtig ist, und haben dann weitere Ideen aufgenommen und angedacht, weil die Varianten-Studie auch im Hinblick auf die Verdichtung des Taktes der SZU genutzt werden kann. Fazit aus der Auslegeordnung war ganz klar, dass ein Ruf-Bus eine mögliche Alternative wäre als Ausweitung zu den bestehenden Buslinien. Darum liegt jetzt auch ein Vorschlag seitens des Stadtrats vor Ihnen.

Es ist aber klar, dass wir jetzt noch keine genaue Kostenschätzung machen können, das braucht vertiefte Abklärungen, welche auch kosten würden. Darum braucht es zuerst einen Entscheid. Genau auch aus diesem Grund die fünf Jahre, bezüglich Abschreibungen und Initialaufwand wurde das seitens des Stadtrats und der Experten als gute Lösung angeschaut. Ich möchte mich gerne noch bei der SAKO für die intensive Prüfung bedanken. Der Stadtrat hat die Bedürfnisse und Wünsche, die aus dem Parlament und der Bevölkerung gekommen sind, sehr ernst genommen und aufgenommen. Für uns ist ein Ruf-Bus eine innovative Möglichkeit für die betroffenen Gebiete, welche wir Ihnen gerne vorlegen. Zum Schluss liegt es jetzt in den Händen von Ihnen, liebe Parlamentarier und Parlamentarierinnen.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Somit kommen wir zur Detailberatung zu Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Zopf-Quartier)

Ziffer 1 Gemäss Forderungen in der Motion betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier Zopf) von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) soll ein Rufbus eingeführt werden für die Dauer von 5 Jahren (danach soll eine Überprüfung erfolgen) nach Kostenschätzung gemäss Erwägungen und vorbehältlich der Unterstützung durch den ZVV.

Hier liegt ein Minderheitsantrag von Ann-Kathrin Biagioli (GLP), Vera Buchmann-Bach (FDP), Thomas Iseli (FDP), Erwin Lauper (SVP) vor.

Ziffer 1 Auf die Forderungen der Motion betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier Zopf) von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) wird aus Kostengründen nicht eingetreten.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich stelle den Kommissionsantrag dem Minderheitsantrag von Ann-Kathrin Biagioli (GLP), Vera Buchmann-Bach (FDP), Thomas Iseli (FDP), Erwin Lauper (SVP) gegenüber.

Sie haben dem Minderheitsantrag mit 17 Stimmen zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Ziffer 2 Die Motion betreffend "Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier Zopf)" von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) wird als erledigt abgeschrieben.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Ziffer 3 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1-3 im amtlichen Publikationsorgan.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Ziffer 4 Mitteilung von Dispositivziffer 1-3 an den Stadtrat.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Es wurde beschlossen, dass die Vorlage zur «Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier Zopf)» abgelehnt wird.

Die Motion betreffend «Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Quartier Zopf)» von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) wird als erledigt abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Sonnenberg-Quartier) (GGR-Nr. 2022-339)

Die Eintretensdebatte wurde bereits mit der gemeinsamen Beratung unter Traktandum 4. erledigt, es folgt somit direkt die Detailberatung.

Somit kommen wir zur **Detailberatung zu Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Sonnenberg-Quartier)**

Ziffer 1 Gemäss Forderungen in der Motion betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Quartier Sonnenberg) von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) soll ein Ruf-Bus eingeführt werden für die Dauer von 5 Jahren (danach soll eine Überprüfung erfolgen) nach Kostenschätzung gemäss Erwägungen und vorbehaltlich der Unterstützung durch den ZVV.

Hier liegt ein Minderheitsantrag von Ann-Kathrin Biagioli (GLP), Vera Buchmann-Bach (FDP), Thomas Iseli (FDP), Erwin Lauper (SVP) vor.

Ziffer 1 Auf die Forderungen der Motion betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Quartier Sonnenberg) von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) wird aus Kostengründen nicht eingetreten.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich stelle den Kommissionsantrag dem Minderheitsantrag von Ann-Kathrin Biagioli (GLP), Vera Buchmann-Bach (FDP), Thomas Iseli (FDP), Erwin Lauper (SVP) gegenüber.

Sie haben dem Minderheitsantrag mit 17 Stimmen zu 13 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Ziffer 2 Die Motion betreffend «Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Quartier Sonnenberg)» von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) wird als erledigt abgeschrieben.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Ziffer 3 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1-3 im amtlichen Publikationsorgan.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Ziffer 4 Mitteilung von Dispositivziffer 1-3 an den Stadtrat.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Die Vorlage zur "Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Quartier Sonnenberg)" wurde abgelehnt.

Die Motion betreffend "Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Quartier Sonnenberg)" von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) wird als erledigt abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Massvolle Verdichtung statt Grossüberbauungen und Hochhäuser (GGR-Nr. 2022-243)

Antrag des Stadtrats vom 8. März 2022 und geänderter Antrag der Sachkommission vom 3. Oktober 2022

Die Postulanten forderten eine Revision der BZO mit dem Ziel einer massvollen Verdichtung. Dabei sollten in der Wohnzone W2 die Ausnützungsziffer 50% und in der Wohnzone W3 70% betragen. Die maximale Gebäudehöhe soll im gesamten Stadtgebiet 25 Meter betragen.

Der Stadtrat hat mit SRB 2022-79 vom 8. März 2022 Bericht erstattet. Er lehnt eine generelle Erhöhung der jeweiligen Ausnützungsziffern und Gebäudehöhen ab und beantragt die Abschreibung des Postulats. Der Rat hat über die Abschreibung des Postulats zu entscheiden. Gemäss Art 83 GeschO GGR kann der Rat alternativ vom Stadtrat einen Ergänzungsbericht verlangen oder eine abweichende Stellungnahme abgeben.

Die Sachkommission beantragt mit Beschluss vom 3. Oktober 2022 einen Ergänzungsbericht vom Stadtrat. Dieser soll Aufschluss geben, auf welchem Gebiet eine Erhöhung der Ausnützungsziffern in den Wohnzonen W2 und W3 möglich ist und wo eine maximale Gebäudehöhe errichtet werden kann.

Eintretensdebatte

Renata Vasella (SP), Präsidentin der Sachkommission

Am 7. April 2021 ist die ursprüngliche Motion von Mario Senn (FDP), Daniela Morf (SVP), Daniel Frei (FW) und 13 Mitunterzeichnenden betreffend "Massvolle Verdichtung statt Grossüberbauungen und Hochhäuser" als Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen worden. Die Sachkommission hat den stadträtlichen Bericht auf das Postulat mit dem Unterzeichner sowie dem zuständigen Stadtrat und Ressortleiter eingehend diskutiert.

Im Bericht erläutert der Stadtrat ausführlich, wieso es nicht sinnvoll ist, die geforderten Punkte des Postulats, die Erhöhung der Ausnutzungsziffern in W2 und W3 und die Begrenzung der maximalen Gebäudehöhe so generell in der BZO zu verankern. Die Begründung ist auf der einen Seite einleuchtend, auf der anderen Seite aber unbefriedigend, da so nicht auf die Forderung des Postulats zur massvollen Verdichtung eingegangen wird. Am Schluss werden zwar alternativ mögliche Massnahmen erwähnt, diese werden aber nicht genauer erläutert. Die Bau- und Zonenordnung soll bis 2028 gesamthaft überarbeitet werden. Die Sachkommission möchte

im Hinblick auf diese Gesamterneuerung der BZO vom Stadtrat zu den erwähnten Alternativen genauere Ausführungen und Absichten, wie eine massvolle Verdichtung im Sinn der Petition in der neuen BZO einfließen kann. Deshalb stellt die Sachkommission den Antrag auf einen Ergänzungsbericht des Stadtrats. Eine Minderheit der Sachkommission findet diesen Bericht nicht nötig, da sie der Meinung ist, dass sich der Stadtrat im Hinblick auf die Gesamterneuerung der BZO nicht zum Voraus auf etwas Definitives festlegen wird. Es wird aus der Sachkommission keinen Minderheitsantrag gestellt.

Daniel Frei (FW)

Am 7. April 2021 wurde die in ein Postulat umgewandelte Motion "Massvolle Verdichtung statt Grossüberbauungen und Hochhäuser" mit 23 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen. Die Grundüberlegungen des Postulates wurden seinerzeit von den meisten Votanten mit viel Verständnis aufgenommen und der Grundgedanke als durchaus gut bezeichnet.

In den Details zeigte sich aber bald, dass die Thematik mehrdimensional komplex ist und viele Abhängigkeiten bestehen. Der Grundgedanke ist im Gegenzug relativ simpel und es herrscht gefühlte Einigkeit durch den gesamten Gemeinderat, wie auch in der Bevölkerung, wenn man mit unseren Bewohnern spricht. Adliswil braucht in der Verdichtung und dem Wachstum dringend eine Atempause. Einerseits wegen dem Ortsbild und andererseits wegen der Gefahr, dass die Nachhaltigkeit auf der Strecke bleibt. Nachhaltig meine ich durchaus ökologisch wie auch ökonomisch.

Wir haben alle in den letzten Jahren erlebt, was Wachstum für eine Erbringung von Vorleistungen mit sich bringt, ohne, dass man genau weiss, wann und wie diese Investitionen sich wieder amortisieren werden. Ich erinnere daran, dass unsere Nettoschulden wegen diesen Vorleistungen im nächsten Jahr auf einen dreistelligen Millionenbetrag steigen werden. Das ist die einzige Variable, bei der ich gerne auf Nachhaltigkeit verzichten kann.

Mir persönlich ist neben der finanziellen Optik wichtig, dass ich in 20 Jahren unsere Stadt nicht nur noch an der Seilbahn und an der neuen Swisscom-Antenne auf der Felsenegg wiedererkenne. Ich wiederhole mich. Wir müssen nun mal wieder durchatmen. Die Überlegungen im Postulat bringen mögliche Denkanstösse, wie wir wachstumstechnisch entschleunigen können. In dem Punkt soll mir niemand unter die Nase binden, dass wir den Bevölkerungszuwachs nicht frei bestimmen können, weil der Kanton andere Ideen mit uns vorhat. Mit einem dicken Schädel und ein wenig Cleverness gibt es durchaus Möglichkeiten, übergeordneten Kräften entgegenzuwirken.

Vorweg bedanke ich mich für die Berichterstattung beim Stadtrat im Namen der Postulanten. Dass das Thema wie bereits erwähnt komplex ist, zeigt die Arbeit auch auf. Was nicht geht ist sehr detailliert und nachvollziehbar erklärt. Was jedoch möglich sein könnte, ist in einer sogenannten denkbaren Aufzählung von Möglichkeiten alternativ erwähnt. Da wissen wir aber nicht genau, wie es gehen könnte. Nur wie es nicht geht, ist sehr detailliert dargestellt. Das empfinde ich ein wenig mager und hilft uns nicht weiter, wenn wir die Problematik "ungebremstes Wachstum in Adliswil" jetzt in die Hand nehmen wollen.

Es scheint so, als wolle man eine leichte Anhebung der Ausnützungsziffer und andere kreative Ideen auf irgendeinen Tag verschieben, aber wann der ist, sehen wir nicht. Auch wird nirgends erwähnt, wie eine allfällige Umsetzung auf der Zeitachse aussehen könnte. Es herrscht Fehlanzeige mit verbindlichen Aussagen. Wir wollen, dass unsere Forderungen übernommen werden und nicht untergehen. Die verwaltungsinternen Arbeiten zur BZO-Revision müssen die Anliegen des Postulates zwingend aufnehmen. Ansonsten sehe ich künftig keine Anreize mehr, eine Motion im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit in ein Postulat umzuwandeln. So fehlen Verbindlichkeit und Verpflichtungen und alles bleibt ein Papiertiger. Es ist menschlich und einfacher, zu kommentieren, was nicht geht und warum etwas nicht klappt, ist aber nicht die lösungsorientierte Vorgehensweise.

Ich bin froh, dass die Sachkommission mehrheitlich zum Schluss gekommen ist, dass wir einen Ergänzungsbericht vom Stadtrat einfordern sollten. Dieser Ergänzungsbericht soll nicht in einem Wort auflisten was nicht funktioniert, sondern im Sinne der Adliswiler Bevölkerung mögliche Lösungsansätze aufzeigen. Dies mit dem Ansatz, dass unser Adliswil unser Adliswil bleibt. Es ist sicher keine einfache Denkaufgabe, es wird rauchende Köpfe verursachen. Komplexe Themen ergeben auch mal Hirne, die überfordert sind. Es ist aber definitiv im Sinne unserer Stadt und der Wunsch der meisten Bewohnerinnen und Bewohner links und rechts von der Sihl auf unserem Gemeindegebiet.

Ich rufe den Grossen Gemeinderat auf, im Sinne der 23:10-Stimmenüberweisung vom April 2021, dem Antrag für einen Ergänzungsbericht der Sachkommission zu folgen.

Esen Yilmaz (SP)

Der Titel des Vorstosses wirkt ansprechend, schürt aber zugleich Ängste. Das Postulat findet zwar anfänglich den Ton, wiederholt sich aber im Text, widerspricht vermutlich der ursprünglichen Idee und zeigt am Schluss, welche Interessengruppen es unterstützen soll. Denn unter dem Strich fühlt sich das Postulat wie die Visionen und Ziele des HEV, des Hauseigentümer Verbandes, an. Denn der Forderung liegt das Giesskannen-Prinzip zugrunde und nicht ein Schwelleneffekt, somit eine klare Bevorteilung von Hauseigentümern in den W2 und W3 Zonen. Die W4 Zonen wurden im Vorstoss nicht berücksichtigt, was einer Ungleichbehandlung gleichkommt. Dabei sollte doch bei der Gesamtrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) die gesamte Bevölkerung miteinbezogen werden, somit alle, statt nur wenige. Die SP wird sehr gerne an solch einer Ausarbeitung eines Vorschlags mitwirken und würde die Planungskommission unterstützen, wenn die ganze Bevölkerung eingeschlossen wird.

Auch eine Eingrenzung, Beschränkung von 25m, ist nicht akzeptabel, denn in der aktuellen BZO, wie es der Stadtrat in seiner Antwort formuliert, liegt sie bei 18m und somit weit unter dem mit Angst geschürten Vorstosses. Warum wollen die Antragsteller des Postulates die Entscheidungskompetenz des Grossen Gemeinderats aushebeln? Oder Vertrauen sie der Kompetenz des Rates nicht?

Folgende Massnahmen sind bei der Ausarbeitung der Gesamtrevision zu beachten;

- die Kaltluftströme, die zirkulieren müssen, müssen berücksichtigt werden, also keine Querriegel, bzw. Riegelbauten, welche diese Ströme unterbrechen würden

- die Aussenraumqualität, deren Wichtigkeit wir während der Pandemie kennen gelernt haben
- es sollen wenige bis keine versiegelten Flächen geschaffen werden, das ist sehr wichtig
- gelten muss auch, dass eine sozialverträgliche Zusammensetzung geschaffen wird, ohne auszugrenzen
- es soll endlich das Gewicht auf Begrünungen an Dächern und Fassaden gelegt werden

Wir möchten das Gewicht auf die Wirkung und den Bedarf der Siedlungsökologie legen, denn das bedeutet auf Klima-Veränderungen zu reagieren. Verdichten heisst nicht nur den finanziellen Aspekt zu berücksichtigen, sondern, wie bereits erwähnt, viel mehr.

Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich stimmten im September 2014 einer Ergänzung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) für preisgünstigen Wohnraum zu. Damit der neue § 49b PBG in Kraft treten kann, wurde eine Verordnung erforderlich. Der Regierungsrat hat diese bereits erlassen.

Mit § 49b PBG wird den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, in ihren Bau- und Zonenordnungen bei Auf- oder Einzonungen einen Mindestanteil von preisgünstigen Wohnungen festzulegen. Genau das hätte das Postulat ebenfalls beinhalten sollen, damit es für das Allgemeinwohl dient – wie gesagt, es stösst nur in eine Richtung und verdrängt Gemeininteressen.

Noch ein paar Informationen zum Ergänzungsbericht der Sachkommission. Was fehlt denn in der Antwort des Stadtrats, oder was ist nicht klar darin, dass ein Ergänzungsbericht gefordert wird? Uns fehlt die genaue Begründung dieses Antrages, so, dass wir ihn verstehen können! Die Antwort des Stadtrats ist unseres Erachtens klar. Dieser Bericht fühlt sich wie eine Verzögerungstaktik an und verursacht nur Kosten und ist nicht zielführend, in keiner Art und Weise, denn es wird pauschal ein Ergänzungsbericht gefordert. Was sind denn diese Fragen, welche nicht beantwortet wurden; vielleicht könnte das jemand von der Sachkommission beantworten. Die SP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrats und empfiehlt die Abschreibung.

Gabriel Mäder (GLP)

Ich bin verwirrt. Nachdem die Bürgerlichen in der Vergangenheit jahrelang jede Überbauung vorangetrieben und auch im Sood/Lätten keinerlei Anstalten für Kritik geäussert haben, sie wollen auf einmal beim Bevölkerungswachstum eine Vollbremse ziehen. Die Erhöhung von der Ausnutzungsziffer möchten sie dann aber in der W2 Zone. Was wollen sie denn mit dem zusätzlichen Wohnraum, wenn dort keine Leute wohnen sollen?

So inkonsequent können wir nicht argumentieren. Die Haltung der Mitte/GLP/EVP-Fraktion ist klar. Wir bleiben auf unserer Linie, wir wollen keine Zersiedlung, wir wollen mehr attraktiven und bezahlbaren Wohnraum in den bestehenden Bauzonen schaffen. Dies kann entweder durch eine Erhöhung der Ausnutzungsziffer erfolgen, wie Ihr das ja ursprünglich mit Eurer Motion gefordert habt, bevor sie in ein Postulat umgewandelt wurde, oder über städtebauliche Verträge, wenn dann die MAG in Kraft ist. Der Vorteil der MAG ist, dass wir dabei aktiv Einfluss auf das Projekt nehmen können und so sicherstellen können, dass sie in unser Stadtbild passen. Wenn

es uns nicht gefällt, kann der Rat einen städtebaulichen Vertrag ablehnen. Ja, wir haben diese Kompetenz und nicht der Stadtrat. Bei der Schaffung von mehr Wohnraum über die Erhöhung der Ausnutzungsziffer teilen wir die Bedenken des Stadtrats, dass dies schwieriger zu realisieren sein wird, da sich dort der Nutzen vor allem dann ergibt, wenn sich mehrere kleinere Eigentümer zu einem gemeinsamen Projekt zusammenschliessen können. Dazu brauchen wir aber nicht einen weiteren Bericht des Stadtrats, sondern einen Stadtrat, der aktiv auf die Einfamilienhausbesitzer zugeht und sie involviert. Der Stadtrat hat alle Fragen beantwortet und sich auch in keiner Art und Weise gegen die Erhöhung der Ausnutzungsziffer gestellt, sondern aufgezeigt, dass dies in der BZO-Revision zu erfolgen hat, welche wir in diesem Rat genehmigt haben. Dazu braucht es aber einen ausführlichen Prozess, um die Details auszuloten. Jetzt schon das Resultat dieses Prozesses vorwegzunehmen ist völlig unsinnig. Deshalb werden wir den Antrag für einen Ergänzungsbericht, der ausser Kosten keine weiteren Erkenntnisse aufzeigen kann, grossmehrheitlich nicht zustimmen.

Daniel Schneider (Grüne)

Wir Grünen haben das Postulat inhaltlich zur Kenntnis genommen. Aber diese Motion kommt formal zu einem falschen Zeitpunkt. Wir stehen ja tatsächlich vor einer neuen Revisionsrunde der Bau- und Zonenordnung (BZO). Aber die Reihenfolge ist eben eine ganz andere. Kommt doch erst einmal das Raumentwicklungskonzept (REK). Auf dieser Grundlage schaffen wir die Eckpunkte und eine Grundstruktur für eine künftige Entwicklung. Erst dann kann eine realistische Anpassung des Zonenplanes erfolgen. Und zum Schluss die Überarbeitung der BZO. Für uns ist klar, eine solche Forderung führt zu einem noch grösseren Zubau von Freiflächen. Denn am anhaltend grossen Siedlungsdruck ändert sich dadurch nichts. Dabei ist es nicht zuletzt die bürgerliche Tiefsteuerpolitik, die dazu führt, dass immer weitere internationale Unternehmen sich im Grossraum Zürich niederlassen. Die neu geschaffenen, meist hochqualifizierten Arbeitsplätze müssen Grossteils durch Expats besetzt werden. Natürlich braucht es dafür weiteren Wohnraum. Deshalb ist die Forderung der Postulanten nicht besonders hilfreich.

Die Forderung der Sachkommission für einen erweiterten Bericht macht für uns keinen Sinn. Wir lehnen das Begehren der Sachkommission ab. Wir Grünen fordern, gleichlautender Antrag des Stadtrats, die Motion abzuschreiben.

Daniel Frei (FW)

Ich bin recht erstaunt, was alles hineininterpretiert wurde, was wir alles wollten mit dem Postulat und für was wir stehen und für was nicht. Es wird sich die politische Färbung um die Nase geschmiert. Ich sage jetzt, um was es mir persönlich geht, vielleicht deckt sich das nicht eins zu eins mit den anderen Postulanten. Ich bin dafür, das Wachstum zu entschleunigen, wir sind schnell gewachsen und das hat nämlich finanzielle Auswirkungen. Dann sagte ich ganz klar, auch das Ortsbild mit Themen wie Ökologie zum Beispiel, sind mir wichtig. Seht es doch nicht immer so negativ, wenn ein Vorstoss von rechts oder von links kommt, wir wollen doch gemeinsam eine Lösung finden. Es geht ja genau darum, dass man die Gedanken jetzt schon anregt und etwas vorausdenkt. So riesig sind jetzt die Kosten auch wieder nicht, wir können ja dafür zehn Minuten weniger Kaffeepause machen.

Daniel Schneider (Grüne)

Das Problem ist aber, dass ja zuerst Eckwerte da sein müssen, damit wir das, was Ihr fordert, machen können. Und die haben wir erst, wenn wir die Revision haben.

Sebastian Huber (SVP)

Ich bin schon etwas erstaunt, was da für eine Panik wegen den Ausgaben eines Mittberichts herrscht. Dass das so wahnsinnig viel Geld kosten könnte, wenn man so einen Mittbericht macht. Schlussendlich kann man sagen, wir hatten eine Motion, jetzt ist es ein Postulat und man ist nicht zufrieden mit dem Ergebnis, also gibt man es nochmals zurück, um noch klar definiert zu haben, was denn die Folgen sein werden. Die Links/Rechts-Thematik oder die Interessen-Thematik, die Dani Frei angesprochen hat, kommt hier ganz klar zum Tragen. Man argumentiert, dass Grünflächen zugebaut werden, aber es geht nicht um das, sondern es geht um die Verdichtung. Bei der BZO-Teilrevision geht es nicht um das, sondern es geht um die Zonen W2 und W3, um das Verdichten. Wenn wir jetzt das Postulat abschreiben, ist es vorbei. Wenn wir einen Mittbericht einfordern, dann wird ganz klar nochmals aufgezeigt, wie das Ganze aussehen soll, denn es ist, wie Dani Frei sagte, zu schwammig formuliert. So ein Mittbericht würde auch Euch dienen, denn dann seht Ihr, was die Planung wäre für die Zukunft.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Ich nehme an Sebastian, Du meinst einen Ergänzungsbericht?

Sebastian Huber (SVP)

Ja genau.

Stadtrat Felix Keller

Der Stadtrat hat mit der Beantwortung des Postulats die Fragen und Ideen der Postulanten ausführlich beantwortet. Dass die geforderten Bedingungen nicht einfach so erfüllt werden können und sollen, wurde dargelegt.

Die möglichen Massnahmen zur Zielerreichung sind aufgezeigt worden und auf nicht zielführende bzw. nicht im Sinne der Postulanten umsetzbare Bedingungen ist hingewiesen worden. Der Stadtrat hat mit seiner Beantwortung klar aufgezeigt, dass er das Thema ernst nimmt und hat Lösungsvorschläge vorgestellt. Die detaillierte Analyse der Auswirkungen solcher Massnahmen erfolgt logischerweise im Rahmen der Gesamtrevision der BZO. Die Kosten dafür sind im Investitionsplan vorgesehen. Der nun geforderte zusätzliche Bericht ist daher überflüssig, da es keinen Sinn macht, einen Bericht zu Verdichtungsmassnahmen in Adliswil vor der BZO-Revision zu erstellen.

Diese Arbeit muss zusammen mit der BZO erfolgen, da nur dann sinnvoll aufgezeigt werden kann, was vereinbar ist mit der erwünschten Entwicklung. Diese wiederum soll zuerst mit einem Raumentwicklungskonzept für Adliswil festgehalten werden. Die Arbeiten zur BZO-Revision sind angelaufen, die Ausschreibung für unterstützende Planungsbüros läuft, die Vorgehensweise, auch mit Einbezug der Bevölkerung, ist in Planung. Im Prozess der BZO-Revision sollen neben weiteren Anliegen aus der Politik und Bevölkerung auch die Anliegen der Postulanten rechtlich und

raumplanerisch sinnvoll einfließen. In diesem Prozess werden dann auch alle Institutionen einbezogen und der Grosse Gemeinderat entscheidet am Schluss referendumsfähig. Die Zeit und die finanziellen Aufwendungen für einen Ergänzungsbericht sind in die BZO-Revision zu investieren. Mit dem Dank für die Inputs der Postulanten, bitte ich darum, das Postulat abzuschreiben.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Ziffer 1 Der Stadtrat wird beauftragt, einen Ergänzungsbericht zum Postulat von Mario Senn (FDP), Daniela Morf (SVP), Daniel Frei (FW) und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Massvolle Verdichtung statt Grossüberbauungen und Hochhäuser zu erstellen.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1-3 im amtlichen Publikationsorgan.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3 Mitteilung von Dispositivziffer 1-3 an den Stadtrat.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung:

Der Ratspräsident lässt zweimal abstimmen. Sie haben die Vorlage mit 16 Stimmen zu 15 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt

7. Ersatzwahl von einem Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022–2026

Wie eingangs erwähnt, kommt es für die Geschäftsprüfungskommission heute zu einer Ersatzwahl. Kannathasan Muthuthamby hat aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission bekannt gegeben. Seine Nachfolge wird heute bestimmt und gilt ab sofort. An dieser Stelle ein herzliches Dankschön Kanny, für Deine geleistete Arbeit in der Kommission.

Patrick Sager (FDP), Präsident der IFK

Die IFK schlägt Sait Acar (SP) zur Wahl vor.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Vorgeschlagen ist Sait Acar (SP). Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

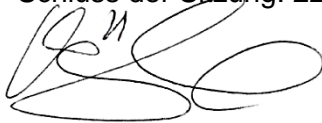
Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt?
Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats Sait Acar als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022–2026 mit sofortigem Amtsantritt als gewählt. Ich gratuliere Dir, Sait, zur Wahl und wünsche Dir Erfolg und Befriedigung im Amt (*Beifall*).

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22.10 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'MKW', written in a cursive style.

Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin